

No. 26542

AUSTRIA
and
GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC

**Agreement on the exchange of information and experience in
the field of radiation protection (with annex). Signed at
Vienna on 3 May 1988**

Authentic text: German.

Registered by Austria on 27 April 1989.

AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE

**Accord concernant l'échange d'information et de l'expé-
rience acquise dans le domaine de la protection contre
les rayonnements (avec annexe). Signé à Vienne le 3 mai
1988**

Texte authentique : allemand.

Enregistré par l'Autriche le 27 avril 1989.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER DEUTSCHEN
DEMOKRATISCHEN REPUBLIK ÜBER INFORMATIONS-
UND ERFAHRUNGSAUSTAUSCH AUF DEM GEBIET DES
STRAHLENSCHUTZES**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik — die beiden Seiten dieses Abkommens — sind,

in dem Wunsch, die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa weiter zu vertiefen,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit durch Informations- und Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet des Strahlenschutzes für den Schutz der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt vor Strahlengefahren von Bedeutung ist,

unter Berücksichtigung des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen, insbesondere seines Artikels 9, und der bewährten Prinzipien der Zusammenarbeit in der Internationalen Atomenergie-Organisation,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Dieses Abkommen wird angewendet auf nukleare Anlagen und Tätigkeiten, wie sie im Artikel 1 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen aufgeführt sind.

Artikel 2

(1) Die beiden Seiten konsultieren einander einmal im Jahr und bei besonderen Anlässen über die allgemeine Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie, insbesondere über Rechtsgrundlagen des Strahlenschutzes sowie über Methoden und Ergebnisse der Strahlenschutzaufwachung der in Strahlenschutzbereichen tätigen Personen, der Bevölkerung und der Umwelt.

(2) Die beiden Seiten informieren einander über ihre Kernreaktoren sowie über ihre Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Artikel 3

(1) Die beiden Seiten benachrichtigen einander unverzüglich auf direktem Wege über nukleare Unfälle in Kernanlagen oder bei sonstigen Tätigkeiten, die durch Freisetzung radioaktiver Stoffe das Hoheitsgebiet des anderen Staates beeinflussen können.

(2) Die beiden Seiten benachrichtigen einander über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet, die nicht auf einen

nuklearen Unfall in einer Kernanlage oder bei einer sonstigen Tätigkeit auf diesem Hoheitsgebiet zurückzuführen sind.

Artikel 4

Der Inhalt der gemäß Artikel 2 geführten Konsultationen und übermittelten Informationen kann ohne Einschränkung genutzt werden, es sei denn, er wurde von einer Seite als vertraulich erklärt. Die Weitergabe vertraulicher Informationen an Dritte darf nur in gegenseitigem Einverständnis erfolgen.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats nach dem Monat in Kraft, in dem die beiden Seiten einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten gegeben sind.

(2) Änderungen und Ergänzungen des vorliegenden Abkommens sind zwischen den beiden Seiten zu vereinbaren und bedürfen der Schriftform. Änderungen der in der Anlage genannten Kontaktstellen werden der anderen Seite schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt.

(3) Die beliegende Anlage ist Bestandteil dieses Abkommens.

(4) Dieses Abkommen wird für unbegrenzte Zeit abgeschlossen. Es kann von jeder Seite schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; in einem solchen Fall verliert es nach sechs Monaten, vom Tage des Eingangs der Kündigung, seine Gültigkeit.

GESCHEHEN zu Wien am 3. Mai 1988 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Republik Österreich:

ALOIS MOCK

Für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik:

GEORG SITZLACK

ANLAGE ZUM ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK
ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRAT-
ISCHEN REPUBLIK ÜBER INFORMATIONS- UND ERFAHRUNGS-AUS-
TAUSCH AUF DEM GEBIET DES STRAHLENSCHUTZES

1. *Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens*

1.1 Informationen über in Betrieb befindliche und geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlte Kernbrennstoffe und für die Endlagerung radioaktiver Abfälle umfassen folgende Angaben, um eine Beurteilung der Auswirkungen eines nuklearen Unfalls in einer solchen Anlage für das Hoheitsgebiet des jeweiligen Staates zu erlauben:

- Name der Anlage
- Standort und Adresse
- Eigentümer
- Betreiber
- Zweck
- Hauptparameter der Anlage
- Gegenwärtiger Status
- Betriebsweise
- Beschreibung des Standortes
- Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle und bestrahlter Kernbrennstoffe

1.2 Für Kernreaktoren werden insbesondere folgende Hauptparameter angegeben:

- Reaktortyp
- Leistung
- Spaltzone (zB Geometrie, Brennstoff, Beladung, Anreicherung, Abbrand, Leistungsdichte)
- Reaktorgefäß
- Kühlmittel und Kühlkreisläufe (primär und sekundär)
- Dampferzeuger
- zulässige Abgaben radioaktiver Stoffe in die Umwelt
- Art des Sicherheitseinschlusses
- Sicherheitssysteme

1.3 Informationen über geplante Kernreaktoren sowie Anlagen für bestrahlten Kernbrennstoff und die Endlagerung radioaktiver Abfälle werden nach der Erteilung der staatlichen Genehmigung zur Errichtung gegeben.

1.4 Über die Inbetriebnahme wird spätestens sechs Monate vor dem Inbetriebnahmetermin informiert.

2. *Zu Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens*

Die Benachrichtigung erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 Absätze 1 und 2 des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen.

3. *Zu Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens*

Die Benachrichtigung über ungewöhnlich erhöhte Werte der Radioaktivität umfaßt die Angabe, soweit verfügbar,

- der Aktivität und Dosisleistung,

- der Radionuklide,
- des Meßortes,
- des Meßzeitpunktes,
- der meteorologischen Bedingungen zum Zeitpunkt der Messung.

4. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 2 erfolgt, sofern sie nicht im Rahmen der Konsultationen gegeben werden,

Seitens der Republik Österreich:

- an das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der Deutschen Demokratischen Republik;

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik:

- an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich.

5. Die Übermittlung der Informationen gemäß Artikel 3 erfolgt

Seitens der Republik Österreich

- an das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der Deutschen Demokratischen Republik

Telefon: Berlin 5020

Telex: 112632 saas dd,

Seitens der Deutschen Demokratischen Republik

- an die Bundeswarnzentrale des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich

Telefon: Wien 535 63 63

Telex: 114095 minn a

Telefax: 535 63 64.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC ON THE EXCHANGE OF INFORMATION AND EXPERIENCE IN THE FIELD OF RADIATION PROTECTION

The Government of the Republic of Austria and the Government of the German Democratic Republic, the two Parties to this Agreement,

Desiring to strengthen further, on the basis of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe,² the relations between the Republic of Austria and the German Democratic Republic,

Convinced of the importance of cooperation through the exchange of information and experience in the field of radiation protection for the protection of persons employed in radiation protection areas, the population and the environment against the dangers of radiation,

Taking into account the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident,³ in particular article 9 thereof, and the established principles of cooperation within the International Atomic Energy Agency,

Have agreed as follows:

Article 1

This Agreement shall apply to nuclear facilities and activities as listed in article 1 of the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident.

Article 2

1. The two Parties shall consult each other once a year and on special occasions regarding the general development of the peaceful uses of nuclear energy, in particular regarding legislation on radiation protection and the methods and results of radiation monitoring of persons employed in radiation protection areas, the population and the environment.

2. The two Parties shall provide each other with information concerning their nuclear reactors and their facilities for spent nuclear fuel and radioactive waste disposal.

Article 3

1. The two Parties shall notify each other, promptly and by the most direct means, of accidents which occur at nuclear facilities or in the context of other activities and which, owing to the release of radioactive substances, could affect the territory of the other State.

¹ Came into force on 1 April 1989, i.e., the first day of the third month following the date of the last of the notifications (effected on 30 June 1988 and 16 January 1989) by which the Parties had informed each other of the completion of their domestic requirements, in accordance with article 5 (1).

² International Legal Materials, vol. 14 (1975), p. 1292 (American Society of International Law).

³ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1439, No. I-24404.

2. The two Parties shall notify each other of any unusually high levels of radioactivity in their respective territories which cannot be attributed to an accident at a nuclear facility or in the context of any other activity in the said territories.

Article 4

The content of the consultations held and the information exchanged in accordance with article 2 above may be used without restriction unless designated as confidential by either Party. Confidential information may be disclosed to a third party only by mutual agreement.

Article 5

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the two Parties have notified each other in writing through the diplomatic channel that their respective domestic requirements for its entry into force have been fulfilled.

2. Amendments and additions to this Agreement shall be agreed upon by the two Parties, and must be in written form. Changes in the contact points referred to in the Annex shall be communicated to the other Party in writing through the diplomatic channel.

3. The annex attached shall form an integral part of this Agreement.

4. This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Party in writing through the diplomatic channel; in such case, it shall cease to have effect six months after the date of receipt of the denunciation.

DONE at Vienna on 3 May 1988, in duplicate, in the German language.

For the Government of the Republic of Austria:

ALOIS MOCK

For the Government of the German Democratic Republic:

GEORG SITZLACK

ANNEX TO THE AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE GOVERNMENT OF THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC ON THE EXCHANGE OF INFORMATION AND EXPERIENCE IN THE FIELD OF RADIATION PROTECTION

1. *Ad article 2, paragraph 2 of the Agreement*

1.1 Information concerning operational and planned nuclear reactors, as well as facilities for spent fuel and for radioactive waste disposal, shall, so as to allow an assessment to be made of the consequences of a nuclear accident at such a facility for the territory of the other State, include the following data:

- Name of the facility;
- Location and address;
- Owner;
- Operator;
- Purpose;
- Main parameters of the facility;
- Current status;
- Operating mode;
- Description of site;
- Treatment and storage of radioactive waste and spent fuel.

1.2 For nuclear reactors, the following main parameters shall be specified:

- Reactor type;
- Reactor output;
- Reactor core (e.g., geometry, fuel, fuel charging, fuel enrichment, burnup, power density);
- Reactor vessel;
- Coolant and coolant loops (primary and secondary);
- Boiler;
- Permissible release of radioactive substances into the environment;
- Type of containment;
- Safety systems.

1.3 Information concerning planned nuclear reactors and facilities for spent fuel and for radioactive waste disposal shall be provided following the granting of permission for their construction by the State concerned.

1.4 Notification of commissioning shall be given no later than six months prior to the date of the commissioning.

2. *Ad article 3, paragraph 1, of the Agreement*

Notification shall be provided in accordance with the provisions of article 5, paragraphs 1 and 2, of the Convention on the Early Notification of a Nuclear Accident.

3. *Ad article 3, paragraph 2, of the Agreement*

Notification of unusually high levels of radioactivity shall include information where available, on:

- The activity and the dose rate;
- The radionuclide;

- The measuring position;
- The time of measurement;
- The meteorological conditions at the time of measurement.

4. Information under article 2 shall, when not communicated in the course of consultations, be transmitted:

By the Republic of Austria:

- To the State Office for Nuclear Safety and Radiation Protection of the German Democratic Republic;

By the German Democratic Republic:

- To the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria.

5. Information under article 3 shall be transmitted:

By the Republic of Austria:

- To the State Office for Nuclear Safety and Radiation Protection of the German Democratic Republic

Telephone: Berlin 5020

Telex: 112632 saas dd;

By the German Democratic Republic:

- To the Federal Alert Centre of the Federal Ministry of Internal Affairs of the Republic of Austria

Telephone: Vienna 535 63 63

Telex: 114095 minn a

Telefax: 535 63 64.

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE CONCERNANT L'ÉCHANGE D'INFORMATION ET DE L'EXPÉRIENCE ACQUISE DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION CONTRE LES RAYONNEMENTS

Le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République démocratique allemande, ci-après dénommés les Parties contractantes,

Souhaitant approfondir encore les relations entre leurs deux pays en se fondant sur l'Acte final de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe²,

Convaincus que la coopération reposant sur l'échange de renseignements et d'acquis de l'expérience dans le domaine de la protection radiologique est utile pour protéger les personnes travaillant sous rayonnement, la population et l'environnement contre les dangers radiologiques,

Considérant la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire³, et particulièrement son article 9, ainsi que les principes établis de coopération dans le cadre de l'Agence internationale de l'énergie atomique,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

Le présent Accord est appliqué aux installations et aux activités nucléaires visées à l'article premier de la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire.

Article 2

1) Les deux Parties contractantes se consultent une fois par an et dans des occasions particulières au sujet du développement général des applications pacifiques de l'énergie nucléaire, en particulier au sujet des principes fondamentaux de la protection radiologique et des méthodes et résultats de la surveillance radiologique à laquelle sont soumis les individus, la population et l'environnement.

2) Les deux Parties contractantes échangent mutuellement des informations sur leurs réacteurs nucléaires ainsi que sur leurs installations de combustible épuisé et sur leur stockage final de déchets radioactifs.

Article 3

1) Les deux Parties contractantes s'informent sans délai, par la voie directe, des accidents nucléaires survenus dans des installations nucléaires ou de toute autre

¹ Entré en vigueur le 1^{er} avril 1989, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi la date de la dernière des notifications (effectuées les 30 juin 1988 et 16 janvier 1989) par lesquelles les Parties s'étaient informées de l'accomplissement de leurs formalités internes, conformément au paragraphe 1 de l'article 5.

² *Documents d'actualité internationale*, n^os 34-35-36 (26 août-2 et 9 septembre 1975), p. 642 (La Documentation française).

³ Nations Unies, *Recueil des Traité*, vol. 1439, p. 275.

activité qui peut avoir des répercussions sur le territoire de l'autre Partie contractante en raison de la libération de substances radioactives.

2) Chacune des Parties contractantes informe l'autre s'il se produit sur son territoire une élévation inhabituelle de la radioactivité qui n'est pas imputable à un accident nucléaire survenu dans une installation nucléaire, ni à une autre activité sur son territoire.

Article 4

La teneur des consultations effectuées et des informations communiquées conformément aux dispositions de l'article 2 du présent Accord peut être utilisée sans limitation, à moins que l'une des Parties contractantes ne l'ait déclarée confidentielle. Les informations confidentielles ne peuvent être communiquées à des tiers qu'avec le consentement de l'autre Partie contractante.

Article 5

1) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant celui au cours duquel les deux Parties contractantes se seront informées par écrit, par la voie diplomatique, que les procédures internes requises pour son entrée en vigueur ont été accomplies.

2) Le présent Accord peut être modifié et complété par un arrangement écrit entre les deux Parties contractantes. Les modifications relatives aux bureaux de liaison de chacune des Parties contractantes, énumérés dans l'annexe au présent Accord, doivent être communiquées à l'autre Partie contractante par écrit, par la voie diplomatique.

3) L'annexe jointe fait partie intégrante du présent Accord.

4) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé à tout moment par chacune des Parties, par notification écrite communiquée à l'autre Partie par la voie diplomatique, avec un préavis de six mois.

FAIT à Vienne, le 3 mai 1988, en deux exemplaires originaux, en langue allemande.

Pour le Gouvernement de la République d'Autriche :

ALOIS MOCK

Pour le Gouvernement de la République démocratique allemande :

GEORG SITZLACK

ANNEXE À L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE CONCERNANT L'ÉCHANGE D'INFORMATIONS ET DE L'EXPÉRIENCE ACQUISE DANS LE DOMAINE DE LA PROTECTION CONTRE LES RAYONNEMENTS

1. *En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 2 de l'Accord*

1.1 Les renseignements relatifs aux réacteurs nucléaires en service ou prévus, ainsi qu'aux installations de combustible épuisé et aux installations de stockage de déchets radioactifs, doivent comprendre les informations ci-après afin de permettre d'évaluer les effets qu'un accident nucléaire survenant dans une telle installation pourrait avoir sur le territoire de chacun des Etats :

- Désignation de l'installation;
- Lieu et adresse;
- Propriétaire;
- Exploitant;
- Fins de l'exploitation;
- Principaux paramètres de l'installation;
- Etat actuel;
- Mode d'exploitation;
- Description du lieu;
- Traitement et stockage des déchets radioactifs et du combustible épuisé.

1.2 Les principaux paramètres ci-après seront fournis au sujet des réacteurs nucléaires :

- Type de réacteur;
- Puissance;
- Paramètres de combustion (par exemple : configuration, combustible, charge, enrichissement, degré d'épuisement, couche fertile);
- Cuve du réacteur;
- Fluide et circuit de refroidissement (primaire et secondaire);
- Générateur de vapeur;
- Emissions radioactives admissibles dans l'environnement;
- Type d'enceinte de sécurité;
- Système de sécurité.

1.3 Des renseignements sur les réacteurs nucléaires prévus, ainsi que sur les installations de combustible épuisé et le stockage final des déchets radioactifs sont communiqués lorsque l'autorisation de construction a été donnée par l'Etat.

1.4 L'entrée en service est annoncée au moins six mois avant la date réelle prévue.

2. *En ce qui concerne le paragraphe 1 de l'article 3 de l'Accord*

L'accident est signalé conformément aux dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'article 5 de la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire.

3. *En ce qui concerne le paragraphe 2 de l'article 3 de l'Accord*

Les renseignements communiqués en cas d'élévation inhabituelle de la radioactivité doivent indiquer, notamment,

- L'activité et le niveau de dose;
- Les radionucléides;
- Les lieux où sont effectuées les mesures;
- La date des mesures;
- Les conditions météorologiques au moment de la mesure.

4. Les renseignements communiqués conformément aux dispositions de l'article 2 de l'Accord, s'ils ne le sont pas dans le cadre de consultations, le sont :

Par la République d'Autriche :

- Au Service national de la sécurité nucléaire de la République démocratique allemande;
Par la République démocratique allemande :
- Au Ministère fédéral de l'extérieur de la République d'Autriche.

5. Les renseignements communiqués conformément aux dispositions de l'article 3 le sont :

Par la République d'Autriche :

- Au Service national de la sécurité nucléaire de la République démocratique allemande
Numéro de téléphone : Berlin 5020
Numéro de télécopieur : 112632 saas dd.

Par la République démocratique allemande :

- Au Centre fédéral d'alerte du Ministère fédéral de l'intérieur de la République d'Autriche
Numéro de téléphone : Vienne 535 63 63
Numéro de télécopieur : 114095 minn a
Numéro de télécopieur : 535 63 64.
-

